

Leserbrief an die BNN zum Ukrainekrieg:

Weihnachtliche Botschaft (21.12.2021)

Die politischen und militärischen Spannungen um die Ukraine steigen scheinbar zwangsläufig. Wird die Eskalation nicht durchbrochen, kann nicht einmal ein Krieg ausgeschlossen werden. Es ist an der Zeit, über Wege zu Lösungen nachzudenken und sie nicht strategischen Interessen von Großmächten und Militärs zu überlassen. Und wir wissen: Konflikte lassen sich am besten dann lösen, wenn man es schafft, sich in das Denken und Fühlen der Gegenseite zu versetzen. Versuchen wir also einen Wechsel der Perspektive bei den aktuellen Spannungen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatte Außenminister Dietrich Genscher Russland Sicherheitsgarantien gegeben, um die Angst vor einem erstarkten vereinten Deutschland in der NATO zu nehmen: "Wir (mit US-Außenminister Baker) waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das Nato-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR, die wir nicht einverleiben wollen, sondern das gilt ganz generell." Diese Zusage hat nicht lang gehalten. Bald darauf reichte die NATO bis an die russische Grenze und das Schwarze Meer: Russland sah sich betrogen. Als die NATO 2008 auch noch Georgien und der Ukraine die Mitgliedschaft in Aussicht stellte, fühlte sich Russland vollends umzingelt und bedroht.

Ob im Bundestag, bei der Münchner Sicherheitskonferenz oder in Interviews mit westlichen Zeitungen: Immer wieder plädierte der russische Präsident Wladimir Putin für gemeinsame Sicherheitstrukturen in Europa - ohne Erfolg. Allein in den letzten drei Jahren hielt der Westen bzw. die NATO über 25 Militärmanöver meist in der Nähe der russischen Grenze ab, oft unter Beteiligung der Ukraine. Wäre es vorstellbar, dass Russland vor Kuba oder an der mexikanischen Grenze Militärübungen abhält?

Laut Friedensforschungsinstitut SIPRI übersteigen die Militärausgaben der NATO die Russlands um das 16fache. Der nukleare Abrüstungsvertrag INF wurde von den USA gekündigt. Und wie soll man Vertrauen zum westlichen Bündnis haben, wenn man weiß, dass NATO-Staaten immer wieder Angriffskriege ohne UN-Mandat geführt haben? Dabei spielen wirtschaftliche und strategische Interessen eine entscheidende Rolle; dazu bekennt sich auch die Bundeswehr in ihren "Verteidigungspolitischen Richtlinien".

Die russische Politik bietet genug Anlässe für Kritik. Aber ein Wechsel der Perspektiven lässt uns vorsichtiger mit Schuldzuweisungen und Drohungen verfahren. Ist es nicht nachvollziehbar, dass der russische Präsident von der NATO ein Ende der Osterweiterung fordert, die Stationierung von bedrohlichen Waffensystemen in unmittelbarer Nähe ablehnt und verlässliche und langfristige Sicherheitsgarantien verlangt?

Anfang Dezember veröffentlichte eine Gruppe ehemaliger deutscher Generäle, Botschafter und Friedensforscher einen Appell mit dem Titel „Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland“. Sie plädieren dafür, die Logik der Eskalation zu durchbrechen, die aktuelle Situation zu entschärfen und das gegenseitige Vertrauen Schritt für Schritt wieder herzustellen: „Dazu gehört die Anerkennung der Sicherheitsinteressen beider Seiten.“ Das ist eine gute, eine weihnachtliche Botschaft.

Georg Rammer, Karlsruhe